

**Motion Fraktion SP/JUSO (Leyla Gül/Rithy Chheng, SP): Wohnraum im ehemaligen Sekundarschul-Areal Brünnen schaffen**

Das Gebiet Brünnen im Westen Berns ist eines der wichtigsten aktuellen Entwicklungsgebiete der Stadt Bern. Neben dem Freizeit- und Einkaufszentrum entsteht in Brünnen Wohnraum für dereinst 2600 Personen und es werden grosszügige Grün- und Erholungsräume geschaffen. Die neu entstehenden Wohnungen gehören grundsätzlich eher ins mittlere und obere Preissegment.

Durch verdichtetes Bauen in der Stadt – statt Bauen im Grünen – können Zersiedelung und Landverbrauch gestoppt oder zumindest reduziert werden. Brünnen ist bestens mit dem öffentlichen Verkehr (Bus, Tram, Bahn) erschlossen. Mit der Schaffung von mehr Wohnraum wird auch der Pendlerverkehr reduziert.

Unmittelbar neben dem Brünnenareal liegen die 7 Pavillons der ehemaligen Sekundarschule Brünnen (nicht zu verwechseln mit dem Brünnen-Pavillon, der mitten im Brünnenpark liegt). Diese werden heute als Provisorium für die Kita Gäbelbach genutzt, bis das Herrenhaus im Brünnenpark renoviert ist und die Kita dorthin ziehen kann. Das ist für 2013 geplant.

Die Pavillons der ehemaligen Sekundarschule Brünnen sind in einem schlechten baulichen Zustand. Eine Renovation lohnt sich nicht. Deshalb wird beim Ansermetplatz ein neues Schulhaus gebaut, das auf das Schuljahr 2013/14 bezugsbereit sein soll. Mitte 2013 wird demnach eine Fläche von fast 8500 m<sup>2</sup>, die direkt an den Brünnenpark grenzt und im Besitz der Stadt ist, für eine andere Nutzung frei.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Stadtrat eine Nutzungszonenplanänderung für die frei werdende Fläche der ehemaligen Schulanlage Sekundarschule Brünnen (heute Freifläche C) vorzulegen bzw. die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, damit die Parzelle in eine Wohnzone W umgezont wird.

Im Sinne einer vielfältigen Durchmischung des Quartiers ist bei der Vergabe des Areals zu prüfen, ob Anreize für die Neugründung von Genossenschaften, gemeinnützigen Wohnbauträgern oder Stiftungen geschaffen werden können, die bereit sind, preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Sodann ist zu prüfen, ob sich das Areal für autofreies oder zumindest autoarmes Wohnen eignet.

Bern, 19. August 2010

*Motion Fraktion SP/JUSO (Leyla Gül/Rithy Chheng, SP), Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Lea Kusano, Silvia Schoch-Meyer, Hasim Sönmez, Nicola von Greyerz, Guglielmo Grossi, Halua Pinto de Magalhães, Tanja Walliser, Giovanna Battagliero*

**Antwort des Gemeinderats**

In Brünnen sind die ersten Wohnungen bezogen. Derzeit und während den nächsten Jahren werden weitere Wohnungen (insgesamt rund 800 - 1 000 Wohnungen) realisiert.

Mit der Planung Brünnen wurden auch die Flächen für die sozio-kulturelle Ausstattung des Teilquartiers Bethlehem und Brünnen inkl. der Pavillonschulanlage Sekundarschule Brünnen

ausgeschieden. Den rund 12 000 Einwohnerinnen und Einwohnern von Bethlehem wurde 2010 die Parkanlage Brünnergut übergeben. Im ehemaligen Herrenhaus entsteht nach dem Umbau neu das Kinderhaus Brünnen mit Tagi und Kita und 2012 wird am Ansermetplatz mit dem Bau der neuen Bildungseinrichtung begonnen.

Der Gemeinderat teilt die Haltung der Motionärinnen und Motionäre, dass Brünnen für die Stadt Bern ein wichtiges Entwicklungsgebiet ist und dass sich das Areal der ehemaligen Sekundarschule Brünnen grundsätzlich gut für Wohnnutzung eignet.

Die Pavillons der ehemaligen Sekundarschule Brünnen werden voraussichtlich bis Ende 2015 für Tagi, Kita und als Provisorium während dem Umbau der Volksschule Stapfenacker benötigt. Anschliessend besteht aus heutiger Sicht auf diesem Areal kein Bedarf für Sport, Schule oder andere soziale Einrichtungen mehr. Wohnnutzung ist also frühestens ab 2016 möglich.

Ob die in der Motion erwähnten Absichten bezüglich preisgünstigem Wohnraum und auto-freiem/autoarmem Wohnen auf dem Areal angemessen sind, kann heute noch nicht beurteilt werden. Dies ist im Rahmen eines Verfahrens zur Nutzungszonenplanänderung zu prüfen.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 16. Februar 2011

Der Gemeinderat